



**Udo Pastörs, MdL**  
Jahrgang 1952  
-Fraktionsvorsitzender-

Liebe Landsleute,

die Landesregierung hat bisher nur zögerlich auf die wiederholte Quotenkürzung für die Fischer in Mecklenburg und Vorpommern reagiert. Sie läßt den in seiner Existenz bedrohten Berufsstand regelrecht im Regen stehen.

Für uns als nationale Opposition ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sich deutsche Politiker zuerst für die Interessen der Deutschen einsetzen. Für die Fraktionen von CDU/SPD/Linke/FDP scheint dies allerdings nicht selbstverständlich. Sie lehnten sogar einen Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion ab, in dem ein Sofortprogramm der Landesregierung zur Rettung unserer Fischer gefordert wurde. Das ist ein Skandal!

Ihr Udo Pastörs

Machen Sie sich ein eigenes Bild.

## Schreiben Sie uns!

Ich interessiere mich für Ihre Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

V.i.S.d.P.: Udo Pastörs, MdL - Lennéstraße 1, 19053 Schwerin - E.i.S.



NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin



0385-5251322



0385-5251321



info@npd-fraktion-mv.de



www.npd-fraktion-mv.de

# Fischerei- handwerk erhalten!



[www.npd-fraktion-mv.de](http://www.npd-fraktion-mv.de)





**Udo Pastörs im Gespräch mit einem deutschen Fischer.**

1989 gab es in Mecklenburg und Vorpommern noch knapp 6.300 Küstenfischer (u.a. seefahrendes Personal der DDR-Fangflotte). In Folge des brutalen Zins-Kapitalismus und der EU-Fremdbestimmung sind davon heute noch 350 hauptberufliche und etwa 150 nebenberufliche Fischer übrig geblieben.

Das traditionsreiche Fischereihandwerk ist Bestandteil unserer maritimen Identität und somit unserer Kultur. Die NPD-Fraktion solidarisiert sich darum ohne Wenn und Aber mit den deutschen Fischern, für die sie bereits mehrere Anträge in den Landtag einbrachte.

#### **Polnische Piratenfischer stoppen**

Unter dem Titel „Piratenfischerei polnischer Fangflotten in der Ostsee verurteilen – EU-Auflagen durchsetzen“ wurde bereits Ende 2007 der Landtag in einem Antrag aufgefordert, sich eindeutig gegen den Verstoß Polens gegen das verhängte EU-Fangverbot für Dorsch auszusprechen. Weiterhin

sollten die Landespolitiker den Boykott-Aufruf der deutschen Fischindustrie für den aus Polen importierten Dorsch unterstützen.

#### **EU-Fischfangquotenregelung nicht anerkennen**

„Deutsche Ostseefischerei sichern“ - lautete die zweite parlamentarische Initiative der NPD im September 2008, um das traditionsreiche Handwerk zu erhalten. Die Landesregierung wurde darin aufgefordert, unverzüglich bei der EU-Kommission einzuschreiten, mit dem Ziel, die EU-Fischfangquotenregelung für das Jahr 2009 nicht anzuerkennen bzw. abzuändern. Denn während die EU die Fangquoten für polnische Fischer erhöh-

te, wurden die Quoten für die deutschen Fischer gesenkt.

#### **Kormoranpopulation vermindern**

In einem dritten Antrag forderte die NPD-Fraktion, die Kormoran-Population im Land zu verringern. Die erhöhte Kormoran-Population ruft erhebliche Fangausfälle hervor. Durch den erhöhten Bestand in MV werden von den leidenschaftlichen Fischfressern jährlich ca. 10.000 Tonnen Fisch aus den Gewässern geholt. Eine Aufhebung der örtlichen Beschränkung der Bejagung und Vergrämung von Kormoranen ist deshalb geboten.

Alle Vorstöße der nationalen Opposition wurden aus parteipolitischem Kalkül

von den Blockparteien CDU/SPD/Linke/FDP abgelehnt. Die NPD-Landtagsfraktion schreckt das nicht ab. Sie wird sich

auch weiterhin dieses wichtigen Themas annehmen und für den Erhalt des deutschen Fischereihandwerkes kämpfen.

#### **Die NPD-Fraktion fordert:**

- ▶ eine Aufhebung der örtlichen Beschränkung der Bejagung und Vergrämung von Kormoranen;
- ▶ stärkere staatliche Investitionen in Fischbesatz-Maßnahmen der Binnen- und Küstengewässer,
- ▶ die immer dreister werdenden Fischfangquoten der EU sind abzulehnen. Bürokraten aus Brüssel haben unseren Fi-

schern nicht vorzuschreiben, wieviel sie fangen dürfen. Die NPD bleibt bei ihrer grundlegenden Forderung nach einem Austritt aus dem geldverschlingenden Bürokratiemonster EU;

▶ eine öffentliche Verurteilung der polnischen „Piratenfischerei“, verbunden mit einem Boykottaufruf für aus Polen importierten Fisch.

▶ die offizielle Anerkennung des Fischereihandwerkes als Kulturgut.